

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 15, 31, 35 Dem Ruf nach Bürgerrechten, Demokratie und Freiheit folgen

Dazu sagt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Luise Amtsberg:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 307.11 / 26.05.2011

Dem Ruf nach Bürgerrechten folgen

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit unglaublich viel Mut und Beharrlichkeit haben tausende von Menschen in den nordafrikanischen Staaten und der arabischen Halbinsel in den vergangenen Monaten – auf für mich beeindruckende Weise – ihren Forderungen nach Menschen- und Bürgerrechten Ausdruck verliehen.

In friedlichen Protesten haben sie deutlich gemacht, dass sie den verkrusteten Macht- und Gesellschaftsstrukturen, der vorherrschenden Korruption und staatlichen Repression den Kampf ansagen.

Die Grüne Fraktion zollt diesen Menschen für ihren Einsatz für Demokratie und Freiheit den größten Respekt.

Unser Mitgefühl gilt all denjenigen, die in den vergangenen Monaten, aber auch in diesen Tagen Freunde, Partner oder Familie verlieren. Denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen, was mit dem Ruf nach Bürgerrechten, politischer Partizipation und Freiheit begann, ist in einigen Ländern in unerträgliche Gewalt ausgeartet. Die Inhaftierung von Menschen- und Bürgerrechtlern und das brutale Niederschlagen von Protesten durch die Staatsführung, müssen uns in Europa interessieren, es muss uns berühren, es muss uns zum Handeln bewegen.

Die Situation an den europäischen Außengrenzen veranlasst uns in vielerlei Hinsicht zur Sorge und vor allem veranlasst es uns, erneut die Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen in Europa und an Europas Grenzen zu führen.

Denn eines lässt sich schon jetzt mit Sicherheit sagen: Was Europa und die Regierungen in den europäischen Staaten derzeit politisch liefern, ist alles andere als ruhmreich.

Im Gegenteil: Es ist beschämend. Und nicht nur das, ich kann nur noch den Kopf schütteln über so viel Blindheit. Statt sich über eine Neuausrichtung einer gemeinsamen und humanitären EU-Asylpolitik zu unterhalten, die auf die aktuellen politischen Herausforderungen reagiert, stecken Konservative in ganz Europa den Kopf in den Sand. Die Angst vor Flüchtlingen führt dazu, dass man die Grundpfeiler der Europäischen Union in Frage stellt, in dem man nicht zuletzt auch bei uns beginnt über die Wiedereinführung von Grenzen innerhalb Europas zu diskutieren.

Während in Lampedusa und Malta tausende hilfsbedürftige Flüchtlinge landen, schieben sich die europäischen Innenminister den schwarzen Peter zu. Die Empathie und die Solidarisierung mit den protestierenden Menschen in der arabischen Welt können vor diesem Hintergrund nicht als ehrlich verstanden werden.

Der grüne Antrag „Dem Ruf nach Bürgerrechten, Demokratie und Freiheit folgen“ greift genau diese Punkte auf und macht deutlich, was sich verändern muss. Für ein Europa der gemeinsamen Verantwortung muss als allererstes die Dublin II-Verordnung zurückgenommen werden, denn sie steht im eklatanten Widerspruch zur europäischen Idee.

Das Gleiche gilt für Frontex. Frontex verstößt gegen die Genfer Konventionen und das Zurückweisungsverbot von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen. Und um eine geregelte Flüchtlingsaufnahme zu gewährleisten, müssen wir uns endlich bundesweit für Relocation- und Resettlement-Programme einsetzen.

Und verehrte Kolleginnen und Kollegen: wir – als Land – müssen uns bereit erklären Flüchtlinge aufzunehmen damit diese unverschämte Zahl des schwarz-gelben Innenministers hoffentlich schnell als geistige Verirrung zu den Akten gelegt werden kann!
